

Jetzt müssen konkrete Schritte folgen

von Klaus Barthel, Elke Ferner, Angelika Graf, Hilde Mattheis und Sascha Vogt



Foto: www.photocase.de, © suze

Der Parteikonvent hat am 24. November 2012 die Grundlage für ein neues Rentenkonzept beschlossen. Damit haben wir uns für eine gerechte, solidarische und nachhaltige finanzierte Rente ausgesprochen. Unser Konzept gibt Antworten gegen Erwerbs- und Altersarmut. Die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, wie Mindestlohn, gleicher Lohn für gleiche Arbeit, sozial abgesicherte und Existenz sichernde Beschäftigung mit möglichst wenig Lücken sind die Voraussetzung für armutsfeste Renten. Die Ausgestaltung der Rente ist für viele Bürgerinnen und Bürger eines der entscheidenden, wenn nicht sogar das entscheidende sozialpolitische Thema in den kommenden Jahren.

Mit dem Beschluss ist klar: Mit uns wird das Rentenniveau bis 2020 nicht unter 50 Prozent absinken und die Rente 67 wird ausgesetzt. Dafür hatten sich ASF, AfA, AG 60plus, die Jusos und die SPD-Linken von Beginn der Rentendebatte an mit ganzer Kraft eingesetzt. Aus vielen Landesverbänden lagen dazu An-

träge vor, insbesondere der Antrag aus NRW war von großer Bedeutung. Der Einsatz vieler hat sich somit gelohnt: die Stabilisierung des derzeitigen Rentenniveaus hilft allen und hat deshalb höchste Priorität.

Die Leistungsverbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente, die Einführung der Solidarrente, die Vereinheitlichung des Rentenrechts in Ost und West bis 2020, sowie der Einstieg in eine Erwerbstätigenversicherung helfen Altersarmut zu bekämpfen. Der abschlagfreie Rentenzugang nach 45 Versicherungsjahren ab dem 63. Lebensjahr wurde ebenfalls beschlossen. Die ASF kritisiert dies. Denn Frauen werden hiervon kaum profitieren, genauso wenig wie die Mehrheit der Männer. Sie müssen dies aber über höhere Beiträge und längeres Arbeiten mitfinanzieren.

Auf dem Weg zur Stabilisierung des Rentenniveaus und Finanzierung der anderen Maßnahmen müssen nun konkrete Schritte folgen: Einerseits durch arbeitsmarktpoli-

tische Maßnahmen und andererseits durch eine Korrektur der Dämpfungsfaktoren, weil durch die Riestertreppe das Niveau bereits zu stark abgesenkt wurde.

Von einer Partei, die für soziale Gerechtigkeit eintritt, erwarten die Menschen zu Recht, dass sie für eine Rente sorgt, die gerecht ist und die ihre Lebensleistung auch wirklich würdigt. Dafür brauchen wir eine starke gesetzliche Rentenversicherung, die in den kommenden Jahren noch weiter hin zu einer Erwerbstätigenversicherung ausgebaut werden muss. Wer ein ganzes Leben lang Vollzeit gearbeitet hat und in die gesetzliche Rentenversicherung eingezahlt hat, muss am Ende eine Rente deutlich über der Bedürftigkeitsschwelle erhalten und so seinen Lebensstandard annähernd sichern können. Nur so bleibt die Akzeptanz unseres umlagefinanzierten gesetzlichen Rentenversicherungssystems gewahrt.

Der Rentenbeschluss macht auch klar: Für die SPD hängen der Schutz vor Altersarmut und Arbeit, von der alle gut leben können, unmittelbar zusammen. Beides muss gerecht ausgestaltet werden.

Die zweite Seite einer solidarischen Rentenpolitik ist deshalb eine Neuausrichtung des arbeitsmarktpolitischen Rahmens. Die Bekämpfung von Erwerbsarmut ist deshalb für die Stabilisierung des Rentenniveaus zu Recht grundlegend. Die drastische Zunahme prekärer Beschäftigung in den vergangenen Jahren hat dazu geführt, dass viele Menschen von ihrer Arbeit nicht mehr oder nur schlecht leben können. Neben der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von am Anfang mindestens 8,50 Euro und der Stärkung der Tarifbindung mit höheren Löhnen und Gehältern muss auch das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ gelten. Existenzsichernde, gerechte Löhne bilden eine wichtige Grundlage, damit Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ausreichende Beiträge in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen können

und später vor Altersarmut geschützt sind. Gleichzeitig brauchen wir eine Gesamtstrategie zur Gestaltung der Arbeitswelt selbst, die es den Menschen erlaubt, gesund und unter humanen Bedingungen zu arbeiten und die Rente gesund zu erreichen. Die zunehmende Entgrenzung der Erwerbsarbeit, Aushebelung von Beschäftigtenrechten, Stress, Mobbing und die Zunahme psychischer Krankheiten legen drastisch den Handlungsbedarf für „gute Arbeit“ jenseits der Arbeitsmarktpolitik im engeren Sinn nahe.

Parallel zur Durchsetzung von guter Arbeit, Ordnung auf dem Arbeitsmarkt und einer Gesamtsteigerung des Lohnniveaus muss auch klar werden: uns geht es nicht um die Umschichtung von Mitteln, die dem Gesamtstaat derzeit unter dem Diktat von Rettungsschirmen und Verschuldungsbremsen zugewiesen werden, sondern um eine gerechte und zukunftsfähige Verteilung des gesamtgesellschaftlichen Reichtums, also einschließlich der sich immer höher auftürmenden Vermögensbestände in wenigen Händen.

Vor diesem Hintergrund ist in den nächsten Jahren laufend zu prüfen und mit geeigneten Maßnahmen zu unterlegen, wie unser Ziel der dauerhaften Sicherung des Rentenniveaus auch nach 2020 erreicht wird. ■

☞ Klaus Barthel ist Bundesvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD.

☞ Elke Ferner ist Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen.

☞ Angelika Graf ist Bundesvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft SPD 60 plus.

☞ Hilde Mattheis ist Vorsitzende des Forum DL21.

☞ Sascha Vogt ist Bundesvorsitzender der Jusos.